

Grossmachtpolitik in San Franzisko

Autor(en): **Meyer, Manfred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **13 (1945-1946)**

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-759156>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GROSSMACHTPOLITIK IN SAN FRANZISKO

VON MANFRED MEYER

I. Der Weg der USA. zur Weltmacht.

Seitdem Wilson von der Konferenz von Versailles an Bord eines amerikanischen Luxusdampfers als ein enttäuschter und gebrochener Mann nach den Vereinigten Staaten zurückkehrte, hat sich auf dem großen Welttheater gar manches ereignet.

Wenn auch nicht bei allen Völkern an Stelle der Verblendung eine bessere Einsicht getreten ist, so hat doch das Volk der Vereinigten Staaten in diesem Vierteljahrhundert eine entscheidende Entwicklung durchgemacht. Diese Wandlung kann am besten in die Worte zusammengefaßt werden, daß sich das amerikanische Volk in diesen Jahren seiner Existenz und Verantwortung als Weltmacht bewußt geworden ist. Von der idealistischen Politik Wilsons, welche aber die Gefahr einer Illusion in sich trug, wurde ein weiter Weg zurückgelegt bis zur realistischen Außenpolitik Roosevelts, welche sich schon verschiedentlich den Vorwurf der Machtpolitik gefallen lassen mußte. Bezeichnend ist für diese Wandlung, daß sie sich sozusagen automatisch vollzogen hat und daß sie vielleicht sogar von Roosevelt selbst nicht in diesem Ausmaße gewollt war. Als Roosevelt Amerika in den Krieg führte, wurde er noch stark von idealistisch humanitären Ueberlegungen geleitet, was auch die folgende Devise zeigt, die er einst Churchill mitteilte:

«Sail on, oh ship of state,
Sail on, oh union strong and great,
Humanity with all its fears,
With all the hope of future years,
Is hanging bratheless on your fate.»

Hier sieht man die USA. wie ein majestätisches Segelschiff in die Schlacht ziehen, während sie heute eher einem Schlachtschiff gleich an der Spitze der kampfstarken Armada die Wellen durchpflügt.

Wenn wir die heutigen Resultate der Konferenz von San Franzisko den amerikanischen Bemühungen beim ersten Kriegsende gegenüberstellen, empfiehlt es sich, einige Sätze Wilsons zu zitieren, die er in seiner Botschaft an den Kongreß vom 8. Januar 1918 der Bekanntgabe der 14 Punkte einleitend voranschickte:

«Wir verlangen deshalb in diesem Kriege nichts Besonderes für uns. Unser Bestreben richtet sich allgemein darauf, die Welt so zu gestalten, daß in ihr ohne Gefahr gelebt werden kann, insbesondere aber muß sie für jede friedliebende Nation gesichert sein, welche wie wir selber wünscht, ihr eigenes Leben zu leben, ihre Institutionen selbst zu bestimmen, die Gerechtigkeit und die gerechte Verteilung unter den Völkern der Erde zu sichern gegen Gewalt und Agression. Alle Völker der Welt sind in Wahrheit Teilhaber dieser Interessen, und wir müssen klar erkennen, daß auch wir keine Gerechtigkeit erfahren können, bevor sie den andern zuteil wird.»

Im letzten Satz finden wir eine prächtige Umschreibung der sogenannten kollektiven Sicherheit, oder der, wie sie neuerdings genannt wird, «Unenteilbarkeit des Friedens». Aus den Äußerungen der Zwischenkriegszeit soll aus der Rede des Isolationisten Senator Borah's, die er anlässlich der Völkerbundssanktionen gegenüber Italien gehalten hat, nur ein Satz herausgegriffen werden, in dem er sagt: «Daß kein größerer Irrtum begangen werden könnte als der, im Verhältnis der Nationen auf wahrhafte Gunst zu rechnen oder sie zu erwarten.»

Demgegenüber atmet die Feststellung Roosevelts in seiner Neutralitätserklärung zu Beginn des zweiten Weltkrieges bereits jenen weltoffenen Geist, der später Willkie die Formel von der «Unenteilbaren Welt» finden ließ. Roosevelt sagte nämlich: «Wie leidenschaftlich wir auch die Lösung der USA. (von den europäischen Konflikten) anstreben mögen, wir sind doch zu realisieren gezwungen, daß jede Schlacht, die geschlagen wird, die amerikanische Zukunft berührt.» Ueber Willkie, nach dessen Ansicht die USA. die Weltführung der demokratischen Nationen übernehmen muß, um diese der Verwirklichung der «4 Freiheiten» entgegenzuführen, führt die Entwicklung zu Lippmann, dem geschicktesten Promotor einer amerikanischen Großmachtpolitik, der in seinen zwei Büchern «U. S. foreign policy» und «U. S. war aims» zu einem vollkommen ausgearbeiteten System der amerikanischen Außenpolitik gelangt ist. Lippmann, von dessen Ideen die gegenwärtige amerikanische Außenpolitik ganz offensichtlich inspiriert ist, sieht die Zukunft der Welt nicht in einer Föderation von der Art des alten Völkerbundes, sondern in der Entwicklung von in sich geschlossenen Räumen, in denen jeweils eine Großmacht dominiert, um die sich dann durch die gleichen Interessen verbundene

Partner gruppieren. Gewisse Anklänge an die einstige deutsche Großraumideologie drängen sich auf!

Darnach würde die Nachkriegszeit hauptsächlich von zwei Sphären beherrscht: der «Atlantischen Gemeinschaft», gebildet und getragen von den USA. einerseits, Großbritannien und dem europäischen Westen andererseits — sowie zweitens von der «Russischen Zone». Bei dieser Konstellation kann der Weltfrieden nur aufrechterhalten werden, wenn diese zwei in sich durch natürliche Interessen gefestigten Kreise auch ihrerseits zueinander friedliche und offene Beziehungen unterhalten. Allerdings ist es klar, daß innerhalb ihrer Kreise die USA. und die UdSSR. durch ihre vorwiegende Macht die Ordnung aufrechtzuerhalten haben würden.

Interessanterweise werden diese Tendenzen von den Briten, namentlich auch von Churchill eher unterstützt, trotz der England zugedachten offensichtlich zweiten Rolle im großen Welttheater! Diese Haltung läßt sich allerdings vielleicht aus der Konzeption des Premiers erklären, der die zukünftige Entwicklung auf lange Sicht in einer Verschmelzung des britischen Empires mit dem amerikanischen Machtbereich sieht: eine Konzession, die in den abgelaufenen Stadien des Kampfes gegen Japan zur Tatsache wurde, da Britannien ohne die USA. niemals seine Positionen in Südostasien so rasch wieder gewinnen könnte.

Nach dem Tode des großen Roosevelt und angesichts der langwierigen Verhandlungen von San Franzisko kann man sich allerdings fragen, ob die Amerikaner nicht doch wiederum den diplomatisch erfahreneren Engländern die Führung überlassen wollen. Dies wäre allerdings insofern nicht konsequent, als im Verlaufe dieses Krieges die Vereinigten Staaten sowohl zu Lande als zur See und in der Luft ein Uebergewicht erlangt haben und ihnen entsprechend ihrer größeren Macht auch die betreffende Verantwortung zukommen sollte — wenigstens solange sie der von Roosevelt vorgezeichneten Weltmachtpolitik folgen.

Allerdings wird die neue amerikanische Machtpolitik auch von Amerikanern selbst vielfach angefochten: mit ähnlichen Argumenten, welche seinerzeit die Isolationisten gegen die Teilnahme der USA. am Völkerbund verfochten, treten diese Kreise heute *für* einen Völkerbund und gegen eine *Macht*-Politik auf (wobei eine dritte Strömung allerdings nach wie vor eine «America-First»-Politik propagiert!). So warnte letzthin der Publizist William Hard in einem Artikel — «Are we on the wrong road toward peace?» —, indem er die gestellte Frage so beantwortet, daß der Friede durch keine Machtpolitik gesichert werden könne; dies könne einzig durch einen neuen Völkerbund erreicht werden. Er führt seine Beweisführung so, daß

er die Organisation der Welt durch die Großmächte durch das Mittel des Sicherheitsrates mit der «Heiligen Allianz» nach der Niederringung Napoleons im 19. Jahrhundert vergleicht. Die erste Stufe der neuen «Friedensallianz» würde demnach bald von einer zweiten gefolgt, welche die Auflösung der Mächteallianz in Einflußsphären bringt. Auf diese folge dann das Stadium der Beherrschung jeder Sphäre durch die in ihr dominierende Großmacht, worauf es dann in der vierten Phase zur Ueberschneidung der Großmächtsphären und zum Zusammenprall der Großmächte komme. So könne die Machtpolitik nur die Straße gehen, die einem neuen Weltkrieg entgegenführe. Die realistische Machtpolitik sei in Wirklichkeit ein «Realismus des Ruins», indem die Dynamik der Macht zur gewaltsamen Auseinandersetzung zwinge, bis nur noch der Stärkste übrigbleibe. Diese düsteren Hypothesen ermangeln angesichts des russischen Vorgehens in Polen und andern Ländern zwar nicht der Aktualität, sind aber vielleicht doch übertrieben, wenn man mit Lippmann ganz einfach vom unmittelbaren und nächstliegenden Kriegsziel der USA. und der vereinten Nationen ausgeht.

Dieses Kriegsziel besteht darin, in der Welt die «Kriegspartei» auszutilgen und die «Friedenspartei» zu stärken, indem die Niederlage der erstern unwiderruflich und der Frieden annehmbar gemacht wird. Für das organisatorische Vorgehen sollen dabei weniger Theorien über die Gerechtigkeit und den ewigen Frieden maßgebend sein als die Realitäten, das heißt, die Welt soll den realen Machtverhältnissen entsprechend organisiert werden. Diese optimistische Version der Amerikaner steht und fällt mit der Frage, ob die gegenwärtig Mächtigen, nämlich die größten der vereinten Nationen, imstande sein werden, auf verantwortungsbewußte Weise ihre Macht einzusetzen für die Wahrung des Weltfriedens und die Interessen aller Völker.

II. Völkerbund und neue Friedensorganisation.

Wenn wir die unüberwindliche Abneigung verstehen wollen, die auf Seiten der Westmächte und Rußlands gegen eine Wiederholung des Genfer Völkerbundes vorhanden ist, lohnt es sich, auf die grundsätzliche Kritik der amerikanischen Oeffentlichkeit gegen den «ersten Versuch» kurz einzutreten. Den Fehler von 1919 erblickt man darin, daß die Siegermächte ihre Verantwortung abzuwälzen versucht hätten auf eine künstliche Organisation, anstatt sie direkt zu behalten. Wilsons Irrtum hätte in der Annahme bestanden, daß die neugeschaffene Organisation die gewöhnlichen Instrumente des internationalen Lebens ersetzen könnte. In dieser Verschleierung

tadelt z. B. Lippmann den Idealismus Wilsons als Illusion, durch Gesetze das internationale Leben zu ordnen, das in Wirklichkeit nur durch Macht erreicht werden könne. Demnach kann Frieden und gerechte Verteilung der Güter nur in der Weise sichergestellt werden, daß letztere entsprechend den Bedürfnissen der einzelnen Länder, denen aber immer eine entsprechende Macht und Stärke zur Seite stehen soll, verteilt und ausgetauscht werden. Mit andern Worten: Sind die Großmächte von sich aus nicht bereit, auf das über ihre vitalen Bedürfnisse Hinausgehende zugunsten der Kleinstaaten zu verzichten, ist jede noch so ausgeklügelte internationale Organisation umsonst. Damit sich aber die Großmächte ihrer entscheidenden Verantwortung klarer bewußt sind, und um sie vor Machtmißbrauch zu bewahren, sollen sie einander in organisatorisch möglichst einfacher Verbindung gegenüberstehen. Ein anderer Haupteinwand gegen jeden neuen Völkerbund geht dahin, daß ein *Völkerbund* keine *Weltregierung* sein könne, weil eine so geartete Regierung auf keine Weise von den 2000 Millionen Welteinwohnern das Einverständnis zur Gesetzgebung und zu deren Exekution erlangen könnte. Allerdings ist es klar, daß bei gleicher Stimmberechtigung aller, wenn diese wie beim Genfer Bund mit dem Erfordernis der Einstimmigkeit verbunden würde, sich ein zur Erledigung von Meinungsverschiedenheiten durch Abstimmung untaugliches Instrument abgäbe. Andererseits ist es ebenso klar, daß ernste Meinungsverschiedenheiten, wie beispielsweise diejenige über die Polenfrage in San Franzisko, nicht durch Abstimmung, sondern überhaupt nur durch Einigung zwischen den Großmächten, beziehungsweise durch Kompromisse beseitigt werden können, es sei denn, es ließe sich eine Macht vom bessern Recht des Partners überzeugen und zum Nachgeben bewegen — was unter Großmächten erfahrungsgemäß beinahe ausgeschlossen ist. So wird ersichtlich, daß im internationalen Leben das Recht allein niemals durchgesetzt werden kann ohne die Unterstützung der Macht. Nach der Meinung des realistischen Lippmann muß Wilsons Prinzip der Selbstbestimmung, welche auf Sezessionismus hinauslaufe, ersetzt werden durch einen gesunden Regionalismus, der die natürliche Gruppierung der Staaten bestärke. So soll der Zusammenschluß geschichtlicher Schicksalsgemeinschaften von unten herauf an die Stelle eines von oben nach unten konstruierten Völkerbundes treten. Die Bestimmung der USA. aber liegt nach Lippmann darin, künftighin nicht mehr Grenzgebiet, sondern Zentrum der Zivilisation des Westens zu sein, welche nach der Erschöpfung Europas in der Form der atlantischen Gemeinschaft neu erstehen soll. Würde sich aber Amerika seiner Bestimmung entschlagen und sollte die Einigung des Westens unter seiner Führung scheitern, müßte der westliche Kulturkreis zer-

bröckeln vor der auftauchenden Macht der Sowjetunion und der Völker Asiens. Hier schon erhält Willkies Warnung, nicht nur von der Freiheit zu reden, um damit die eigene Herrschaft zu meinen, ihren tragischen Hintergrund, wenn er ausruft: «Die Millionen des Ostens können sich aus unserem Gerede nicht klar werden, ob wir uns wirklich für die Freiheit einsetzen werden, ja, was wir überhaupt unter Freiheit verstehen!» Ist es vielleicht doch so, daß die Freiheit der einen die Beherrschung der andern bedeutet?

Eden hat zwar, bevor er nach San Franzisko aufbrach, für Großbritannien eine Erklärung abgegeben, welche der traditionellen englischen Politik alle Ehre macht, indem er versicherte: «Ein voller Gebrauch der (den Siegermächten) zuwachsenden Macht wäre einem Mißbrauch gleichzusetzen: in der Beschränkung zeigt sich der Meister!» Zwischen dieser Erklärung und dem von Lippmann aufgestellten Fundamentalprinzip jeder Außenpolitik, «die den Zweck zu erfüllen hat, die politischen Bindungen eines Landes mit seiner Macht ins Gleichgewicht zu bringen», besteht eine Verwandtschaft des Denkens. Es ist aber inzwischen in San Franzisko klar geworden, daß die britischen Befürchtungen gegenüber der Sowjetunion vor einer zu brüsken Anwendung dieser Mittel sich leider begründet erwiesen.

Allerdings könnte von den Russen in Anknüpfung an die ehemals deutsche Argumentierung vorgebracht werden, daß die atlantische Gemeinschaft der Angelsachsen, die praktisch den Erdball umspannt, wohl sich selbst genügen könne, während Rußlands Bedürfnisse, namentlich was seine Stellung bzw. seine Ansprüche in Ostasien betreffe, noch erst der Revision und Abklärung bedürfe.

Angesichts dieser drohenden Wolken am Welthorizonte scheint der Vorwurf Hards gegen Lippmann, daß «der Realismus der Großmächte zum Ruin führe», berechtigt zu sein, indem er auf das 19. Jahrhundert hinweist, das in den ersten Weltkrieg ausmündete. Lippmann bleibt aber die Antwort nicht schuldig, indem er feststellt, «daß der Idealismus des Völkerbundes zur Katastrophe des zweiten Weltkrieges geführt habe!»

III. Das Schicksal Europas.

Wir Mitteleuropäer müssen uns aber bei diesen Kontroversen vor allem fragen, was bei dieser Weltplanung dann mit Europa zu geschehen hat — und es scheint uns, daß unser alter Erdteil, der immerhin die Mutter der weißen Kultur ist, dabei etwas zu kurz kommt. Wenn auch den Russen, Amerikanern und Briten die vollständige und dauernde Entwaffnung der Kriegspartei, nämlich

Deutschlands und Japans, und somit die Verwirklichung ihres ersten Kriegszieles gelingt, sind sie bei der vorgesehenen Nachkriegsorganisation, wenn zwischen ihnen kein abgesonderter Organismus besteht, zur gegenseitigen Ueberwachung und Kontrolle gezwungen. Die Allianzkräfte können also unter sich den Frieden nur aufrechterhalten, wenn sie ihre eigenen Kräfte im Gleichgewicht halten!

Diese nicht nur meta-, sondern extra-juristische Basis des Friedens ist zwar sehr real, aber nicht sehr reell!

Ob nun innerhalb der atlantischen Gemeinschaft Amerika nach dem Willen des großen Roosevelt England in der Führung ablöst oder diese nach dessen Tode Großbritannien weiterhin zubilligt, scheint sich doch eine beinahe unvermeidliche Kluft aufzutun, indem die geplante Dreiheit oder Vielheit der Sieger in eine Zweiheit sich spaltet: zwischen der kontinentalen russischen Union und der atlantisch-angelsächsischen Gemeinschaft, die politisch und kulturell so gänzlich verschieden sind, droht eine unvermeidliche Entfremdung aufzubrechen, sobald der Krieg gegen den gemeinsamen Feind siegreich beendet ist!

Das für uns schwerwiegendste Problem erblicken wir dabei in der Tatsache, daß durch diese Konzeption der atlantischen und der kontinental-russischen Sphäre Europa in zwei Teile zerrissen wird. Diese Zweiteilung hatte sich zwar beinahe zwangsläufig ergeben durch die Bekämpfung Deutschlands als der europäischen Zentralmacht an der West- und Ostfront; aber da nun dieser gemeinsame Feind besiegt ist, bleibt die Frage, ob Europa nach wie vor quer durch seine Mitte gespalten bleiben soll. Durch die Festlegung der Besetzungszonen wird nämlich diese Teilung sozusagen versteinert, während eine gemeinsame Besetzung und Verwaltung eher zu einer Festigung geführt haben würde — obwohl sie natürlich administrativ schwieriger und politisch heikler durchzuführen gewesen wäre. Lippmann hatte seinerzeit zwar als Programmpunkt der USA.-Kriegsziele, auch die Verhinderung Deutschlands genannt, zwischen dem atlantischen und dem russischen Kreis als «Balance of power» sich gerieren zu können (oder doch sich wiederum zu etablieren); aber wenn Deutschland etwa definitiv aufgeteilt werden sollte, wie sich dies durch die Ausmerzungen Preußens, das größtenteils zu Polen geschlagen würde und der Verselbständigung Süddeutschlands aus einem zunächst vorgesehenen Provisorium definitiv ergeben könnte, wäre damit ein Herd neuer Konflikte geschaffen.

Wenn wir als Europäer an der Erhaltung Europas als einheitlichem Kulturkreis interessiert sind, müssen wir es als wünschenswerter erachten, zwischen der russischen und atlantischen Sphäre einen neuen Kreis zu schaffen, der als Gravitationszentrum allerdings die Existenz und Aktivität eines starken Landes voraussetzt.

Hier denken wir vor allem zunächst an Frankreich, durch dessen Wiederaufrichtung als Eckpfeiler der atlantischen Gemeinschaft die Lösung des europäischen Problems gefunden werden könnte. Diese Bestrebungen liegen zweifellos nicht nur in der Absicht de Gaulles und der französischen Regierung, sondern werden auf entschiedene Weise von England befürwortet und von den USA. unterstützt. Dagegen erheben sich allerdings Zweifel, ob Frankreich sich von seiner schweren Krise wieder zur Großmacht aufschwingen können, ob es die nötige Vitalität dazu besitzt und ob es den Willen und die Einsicht hat, sich in einem atlantischen System einordnen zu lassen, in welchem es gegenüber den angelsächsischen Mächten, in der Weltperspektive gesehen, freilich eine zweite oder dritte Rolle zu spielen hätte. Frankreich scheint seine tatsächlichen Kräfte doch manchmal nicht ganz objektiv einzuschätzen, indem es mit dem Gedanken spielt, die europäische Einheit ohne die angelsächsische Unterstützung wieder aufzurichten — eine Politik, welche für Frankreich Verpflichtungen bringen müßte, welche mit seiner Macht doch in einem ähnlichen Mißverhältnis stehen würde, wie dies durch den Zusammenbruch der Völkerbundspolitik bereits einmal offenbar geworden ist. Wenn Frankreich sich, zu eigensinnig, um gegenüber der angelsächsischen Welt nicht in Abhängigkeit zu geraten, als Gegengewicht zu sehr an die Sowjetunion anlehnen würde, könnte dieses Spiel allerdings mit einem recht tragischen Fiasko enden: nämlich mit seiner Bolschewisierung. Es ist nötig, daß hier klar gesehen wird: Frankreich ist heute schwächer als nach dem ersten Weltkrieg, und es steht der wachsenden Macht der Sowjetunion wirtschaftlich ungerüstet gegenüber — seine Industrie ist vernichtet, seine Häfen müssen erst wieder aufgebaut werden, und sein Kolonialreich ist ohne die britisch-amerikanische Hilfe nicht zusammenzuhalten noch überhaupt zurückzugewinnen — und vor allem ist es keine militärische Großmacht mehr. Seine Zivilisation zeichnete sich zwar durch eine höchst differenzierte Kultur aus, aber Hand in Hand gingen damit die Verwässerung seiner Nationalkraft und gewisse Zersetzungserscheinungen — ähnlich wie in Italien, das nach dem Alpdruck des Faschismus seiner politischen Einheit entblößt worden ist. Der französischen Regierung mag es vielleicht nicht am Willen fehlen; aber das französische Volk entbehrt gänzlich der Vitalität, welche es ihm erlauben könnte — ohne eine strenge Disziplin, die ihm immer abgegangen ist —, seine rasche Wiederaufrichtung aus eigener Kraft zu vollziehen. Das Rätsel des mächtigen Rußland steht drohend auch über Europa, wenn auch die Hoffnung besteht, daß sich die Sowjetmacht nach Osten wendet. Die Kündigung des Paktes mit Japan scheint sein erster dahinzielender Schritt zu sein, wobei es

allerdings als unwahrscheinlich gelten muß, daß die Sowjetunion die Bildung eines Ostasienkreises mit dem Mittelpunkt von China ohne seine Mitwirkung geschehen läßt; daß es vielmehr, indem es sich am Endkampf gegen Japan beteiligt, um dann seinerseits den Anspruch auf dessen Nachfolge in Ost- und Südasiens zu erheben, indem es den Angloamerikanern die ostindische Inselwelt und Australien überläßt.

Diese Ueberlegungen berechtigen allerdings zu den Hoffnungen, daß Europa, ein Erdteil, der übervölkert ist und wirtschaftlich bereits vollständig ausgewertet wird, in der kommenden Nachkriegszeit nicht zu sehr unter einem weiteren Vordringen der Sowjetunion in seiner eigengesetzlichen Entwicklung beeinträchtigt werden wird — wobei ohne weiteres anerkannt werden soll, daß Rußland einen berechtigten Schutz gegen Westen durch den von ihm schon in Konstruktion genommenen «Sicherheitsgürtel» ihm geneigter Staaten aufbauen kann. Hat also die russische Sphäre in Osteuropa — die heute allerdings mit Wien bis in das Herz des Kontinentes hineinreicht — eine mehr defensive Bedeutung, wird sich auf die Dauer auch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Normalisierung zwischen ihm und allen europäischen Ländern erreichen lassen, würde es aber darüber hinaus in West- und Nordeuropa und im Mittelmeer aktive Pläne verfolgen oder gar an eine Hegemonisierung denken, müßte es über kurz oder lang an die Interessen Großbritanniens stoßen, welches sich, anders als das geschwächte Europa, so entschieden zur Wehr setzen würde, wie es dies 1939 gegen den Hegemonie-Anspruch Hitlers getan hat — wobei es der amerikanischen Hilfe auf allen Gebieten sicher wäre.

Der Staatsmann und kühle Rechner Stalin wird sich dieser Perspektiven sicher bewußt sein, und es ist zu hoffen, daß er auch das bestimmte Maß nicht überschreiten wird, welches das Militärbündnis mit den westlichen Alliierten, welches in San Franzisko zum Friedens- und Weltbündnis ausgebaut wurde, untragbar belasten würde. Nach der festen Haltung der angelsächsischen Mächte kann auch als sicher gelten, daß die Westmächte jedes zweite München zurückweisen werden, obwohl ihnen in dieser wirklich entscheidenden Weltstunde der überlegene Geist des großen amerikanischen Präsidenten fehlt, dem die Ueberbrückung mancher ebenso schwieriger Gegensätze gelungen war. Churchill ist zwar für das britische Reich im Krieg von ebenso großem Nutzen gewesen wie Roosevelt für die USA.; aber er ist vielleicht doch etwas zu sehr in der britischen Empire-Tradition verwurzelt, als daß ihm die Lenkung der Geschehnisse auch in der Nachkriegsepoche auf weite Sicht hinaus und im Anblick der ganzen Welt restlos gelingen könnte.

IV. Die Zukunft des Friedens.

Das deutsche Problem, welches in der letzten Nummer der Neuen Schweizer Rundschau eingehender beleuchtet wurde, ist, wie angedeutet, mit dem europäischen auf ähnliche Weise wie das französische verknüpft — ja, von seiner Behandlung wird vielleicht die Gestaltung der Zukunft noch direkter abhängen —, wobei zu sagen ist, daß vielleicht die Lösung gerade in der Zusammenarbeit dieser auf tragische Weise in gegenseitiger Wechselwirkung stehenden Völker gefunden werden könnte.

Für die Zukunft des Friedens ergeben sich aus diesen Ueberlegungen trotz allem keine schlechten Aussichten, wenn man auch um die Erkenntnis nicht herumkommt, daß auch dieser Krieg vielleicht nicht der letzte gewesen ist, indem die Entscheidung davon abhängt, wie die kommende Zeit von den Völkern genützt wird: zu Aufbau und Zusammenarbeit — oder zur Vorbereitung neuer Kämpfe.

Für die Zukunft der Freiheit, namentlich derjenigen der kleinen Staaten, haben sich allerdings die Aussichten seit der Verkündung der Atlantik-Charta etwas verdunkelt. Hier zeigte sich, daß die westlichen Alliierten durch die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion — ohne deren Hilfe sie den Krieg kaum gewonnen hätten — ihre ursprünglichen Friedensziele einigen Modifikationen unterziehen mußten. Immerhin besteht nach wie vor die Hoffnung, daß um den Preis einigen anfänglichen Entgegenkommens allmählich doch eine Annäherung Rußlands an den Westen und an seine demokratische und freiheitliche Lebensauffassung stattfindet, wonach sich dann das zur Friedenserhaltung so unumgängliche dauernde Einvernehmen zwischen den Großmächten entwickeln könnte.

Für die Zukunft Europas wird von der Erfüllung dieser Hoffnungen sehr vieles abhängen: seine materielle Wiederaufrichtung, seine kulturelle und namentlich seine soziale Entwicklung werden nur dann ohne die Fieberschauer von Revolutionen ruhig vorwärtsschreiten können, wenn Europa frei bleibt von der Errichtung irgend-einer Oberherrschaft und sich sein Geist der freien Menschlichkeit ohne Zwang entfalten kann.

Auch das Schicksal unseres Landes der europäischen Mitte ist damit verknüpft, ob die Sieger von heute die Grundlagen eines dauernden Friedens zu schaffen vermögen, wobei sie unsere Wünsche begleiten: sie möchten doch von unerschütterlichem und gläubigem Willen beseelt sein, es *diesmal* besser zu machen.